

Argumentationshilfe

Finanzen

1. Unsere Hauptbotschaft: „Worum es uns geht“

Wenn die EU dazu beitragen soll, klimaneutralen Wohlstand, unsere Demokratie und unseren Frieden zu sichern, müssen wir sie finanziell stärken. Denn die EU kann viele dieser Herausforderungen besser angehen als die einzelnen Mitgliedstaaten allein. Wir wollen die EU mit einem Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz dazu in die Lage versetzen. Das EU Budget ist mit derzeit knapp 1 % vom BIP allerdings nicht in der Lage, die großen Herausforderungen zu finanzieren. Deswegen wollen wir durch höhere Beiträge der Mitgliedstaaten, eigene Einnahmen der EU und wo nötig auch Kredite den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum schaffen. (Siehe zu den Inhalten des Programms auch die Argumentationshilfe zu Wirtschaft und Klima)

2. Kurzer Hintergrund zum Thema

Die EU investiert der EU-Kommission zufolge jährlich knapp 600 Milliarden Euro zu wenig, um die Klimaziele einzuhalten und unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. China und die USA investieren massiv in klimaneutrale Technologien und technische Innovation. Deshalb brauchen wir in der EU mehr öffentliche wie private Investitionen. Um mehr private Investitionen in die Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität anzuziehen, muss die EU mit öffentlichen Investitionen Anreize schaffen und auch die Kapitalmarktregeln so anpassen, dass privates Geld dorthin fließen kann, wo klimaneutraler Wohlstand geschaffen wird. Auch Geldwäsche, Steuerbetrug und andere Arten von Finanzbetrug kosten die EU jedes Jahr Hunderte

Milliarden. Sie zu bekämpfen, ist Sache haushaltspolitischer Vernunft und sozialen Ausgleichs. Denn oft zahlt der Bäckerladen um die Ecke einen höheren Steuersatz als ein multinationaler Konzern.

3. Unsere Vorschläge „Was wir vorhaben“

Für einen zukunftsfesten EU-Haushalt.

Wir wollen den EU-Haushalt auskömmlich ausstatten, um mehr in unsere Infrastruktur und Innovation zu investieren. Dazu wollen wir vor allem zentrale europäische Investitionsprogramme wie Connecting Europe oder das Forschungsprogramm Horizon stärken. Die gemeinsame Landwirtschaftspolitik und die Strukturfonds wollen wir klimagerecht überarbeiten. Die soziale Säule im EU-Budget wollen wir stärken, und wir unterstützen die Forderung nach einem EU-Naturschutzfonds. Das EU-Budget wird im mehrjährigen Finanzrahmen über einen Zeitraum von 7 Jahren festgelegt. Die jetzige Förderperiode läuft bis Ende 2027. Das bedeutet: Diese Europawahl entscheidet, welche Parteien wie viel Einfluss auf die neuen Budgets haben werden.

Mit Eigenmitteln das EU-Budget auskömmlich finanzieren.

Das EU-Budget setzt sich hauptsächlich aus nationalen Beiträgen der Mitgliedstaaten zusammen. Das wollen wir Grüne ändern. Um die EU haushaltspolitisch souveräner zu machen, wollen wir das Budget zukünftig stärker über sogenannte EU-Eigenmittel finanzieren. Das bedeutet, dass beispielsweise ein Teil der Erträge, die durch EU-Gesetze fällig werden, auch in den EU-Haushalt fließen sollen. Solche eigenen Einnahmen stärken die finanzielle Stabilität der EU in Krisen. Die bislang

gemachten Vorschläge der EU-Kommission dazu reichen nicht: Wir Grüne schlagen deshalb weitere Eigenmittel, beispielsweise über eine Finanztransaktionssteuer vor.

In Wohlstand und Infrastruktur investieren

Damit Europa fit wird für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wird und seinen Wohlstand erneuern kann, wollen wir ein großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz schaffen. Dies soll es der EU ermöglichen, die Zukunftsinvestitionen zu tätigen, die nötig sind, damit Europas Stärken zum Nutzen aller vernetzt werden können. Damit verbessern wir die Wettbewerbssituation unseres Kontinents gegenüber China und den USA, wenn es darum geht, unseren Wohlstand klimaneutral und mit technischer Innovation zu sichern. Dieses Programm soll die Nachfolge des Programms NextGenEU antreten, das die EU erfolgreich aus der Corona-Krise geführt hat.

Bürokratie bei EU-Fördermitteln abbauen.

Für viele Unternehmen und Verbände ist es sehr kompliziert, EU-Fördermittel zu bekommen. Wir wollen das einfacher machen – vor allem für kleine Unternehmen oder ehrenamtlich organisierte Verbände. Ein Problem ist oft, dass bei Fördermitteln neben der EU auch noch nationale oder regionale Abfragen die Verfahren verlängern und alles bürokratischer machen. Deshalb wollen wir das Once-Only-Prinzip einführen und damit sicherstellen, dass Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen oder Verbänden abgefragt werden. Auch sollen nur die Daten abgefragt werden, die für die Förderprogramme wirklich von Nöten sind.

Finanzmärkte an Klimaneutralität und Gemeinwohl ausrichten.

Die Klimakrise ist ein Risiko für unsere Finanzstabilität. Deshalb brauchen wir EU-Gesetze, die Finanzmarktakteure (Banken, Versicherungen, Ratingagenturen, Pensionsfonds, Ratingagenturen) dazu bringen, Klimarisiken offenzulegen. Risiken von fossilen Investitionen sollten zusätzlich beispielsweise durch die Hinterlegung von mehr Eigenkapital abgebildet werden.

Über eine starke Finanzmarktregulierung wollen wir auch Daseinsvorsorge wie zum Beispiel Wohnen und Gesundheit vor Spekulation schützen. Damit wollen wir sicherstellen, dass die Bedürfnisse der Menschen stets im Blick bleiben und diese wichtigen Sektoren nicht an kurzfristigen Profitinteressen ausgerichtet werden.

Steuerhinterziehung, -dumping und Geldwäsche aktiv bekämpfen.

Rund 170 Mrd. Euro gehen in der Europäischen Union jährlich durch Steuerbetrug verloren. Wir brauchen strengere Regeln, mehr Transparenz und bessere europäische Zusammenarbeit, um Finanzkriminalität zu bekämpfen. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von nationalen Steuerbehörden deutlich verbessern und die neue Anti-Geldwäsche Behörde AMLA zu einer schlagkräftigen Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir brauchen Mindeststeuersätze auf europäischer Ebene und wollen ein Europäisches Vermögensregister einrichten, damit Finanzkriminalität deutlich erschwert wird. Dazu gehört auch, dass die EU-Liste der Steueroasen um mehrere Staaten ergänzt wird.

4. Unsere Erfolge

EU-Haushalt für Klima und Biodiversität

Dank uns Grünen gibt es feste Klima- und Biodiversitätsquoten für den EU-Haushalt. 30 % des EU-Budgets müssen für Klimamaßnahmen eingesetzt werden. Uns ist es außerdem gelungen, dass zusätzlich zur Klimaquote eine Biodiversitätsquote eingeführt wurde. Ab 2024 müssen 7,5 % und ab 2026 10 % des EU-Budgets für Biodiversität ausgegeben werden. Kein anderes öffentliches Budget hat so klare Klima- und Biodiversitätsquoten.

Ein Investitionsfonds zur Bewältigung der COVID Pandemie

Mit dem Wiederaufbauprogramm Next Generation ist es gelungen, während der COVID Pandemie unsere Wirtschaft zu stabilisieren und gleichzeitig mit gemeinsamen Anleihen auf den Finanzmärkten

Zukunftsinvestitionen in Höhe von knapp 800 Mrd. Euro auf den Weg zu bringen. Für eine Finanzpolitik, die die europäische Wirtschaft mit Zukunftsinvestitionen in der Krise stabilisiert, haben wir Grüne lange gekämpft. Durch den EU-Wiederaufbaufonds sind notwendige Investitionen in Klimaprojekte und Digitalisierung angeschoben worden und unsere Wirtschaft wurde stabilisiert.

Starke Regeln gegen Geldwäsche

Wir Grüne haben es in dieser Wahlperiode geschafft, verbindliche Anti-Geldwäsche Regeln zu etablieren. Immer noch entgehen der EU jährlich über 100 Mrd. Euro durch Geldwäsche. Die bisherigen Regeln waren unverbindlich und die Überwachung den Mitgliedstaaten überlassen. Mit dem neuen Anti-Geldwäsche-Paket und der EU-Behörde (deren Sitz in Frankfurt sein wird) schaffen wir verbindliche europäische Strukturen im Kampf gegen Finanzkriminalität. Der Anwendungsbereich wurde zudem erweitert. So gelten in Zukunft besondere Sorgfaltspflichten beim Handel mit Luxusgütern (Yachten, Privatjets, Schmuck) und für den Profisport. Das Berufsgeheimnis für Rechtsanwälte wird bei begründeten Verdacht auf Finanzkriminalität eingeschränkt.

Auf Bundesebene führen wir noch dieses Jahr eine Bundesbehörde zur Bekämpfung von Geldwäsche, Wirtschafts- und Finanzkriminalität ein, mit der alle Kompetenzen für Analyse, strafrechtliche Ermittlungen und Aufsicht unter einem Dach gebündelt werden und eine Priorisierung der Geldwäschebekämpfung sichergestellt wird.

Krisengewinne zur sozialen Entlastung eingesetzt

Aufgrund von Engpässen auf den Energiemärkten haben einige fossile Energiekonzerne wie BP oder Shell in den letzten Jahren extrem hohe Profite gemacht. Diese Übergewinne haben dazu beigetragen, dass die Energiepreise gestiegen sind und viele Menschen Probleme haben, die hohen Energiepreise zu zahlen. Wir Grüne haben deshalb schon Mitte 2022 eine EU-weite Übergewinnsteuer gefordert. Die EU Kommission hat gegenüber den Mitgliedstaaten daraufhin immerhin eine Abschöpfung eines Teils der Übergewinne der großen Energiekonzerne

durchgesetzt. Die Mitgliedstaaten konnten mit dem Geld dann soziale Entlastungsmaßnahmen für ihre Bevölkerung finanzieren. Auch wenn das Instrument nur zögerlich umgesetzt wurde, zeigt es, welche Möglichkeiten die EU auch zur Umverteilung von Krisengewinnen hat. Wir fordern, das Instrument einer gegebenenfalls progressiv ausgestalteten Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche fest zu verankern, um in ökonomischen Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten.

5. Wie unterscheiden wir uns von den anderen? „Warum Grün?“

Wir Grüne sind bereit, offensiv für mehr europäische Zukunftsinvestitionen einzustehen und haben das auch schon getan, als es dafür in Deutschland noch keine Mehrheiten gab. Durch die globale Sicherheitslage und die marode Infrastruktur wird immer sichtbarer, dass wir in Europa stärker gemeinsam investieren müssen.

CDU/CSU können sich nicht entscheiden. Im EU-Parlament probieren sie, stärkere Investitionen immer wieder auszubremsen. Ihre Spitzenkandidatin, Kommissionspräsidentin von der Leyen, hat vor zwei Jahren selbst einen europäischen Souveränitätsfonds und mehr Eigenmittel vorgeschlagen. Doch im Wahlprogramm fehlt davon heute jede Spur. Das CDU Programm würde die Europäische Union ökonomisch hinter den USA und Joe Bidens ambitionierten Inflation Reduction Act weit zurückwerfen.

Die SPD hat finanzpolitisch ähnliche Vorstellungen wie wir. Der Unterschied ist: Wir Grüne sind bei der Streichung von klimaschädlichen Projekten und der Einhaltung von Klimaquoten deutlich ambitionierter und glaubwürdiger. So haben die Sozialdemokraten in der vergangenen Wahlperiode die klimaschädliche Agrarpolitik unterstützt und uns beim Kampf für ambitionierte Klima- und Biodiversitätsquoten weitestgehend alleine gelassen.

Die FDP steht finanzpolitisch in Europa, wie auch national, auf der Bremse. Sie sind in ihrer

RENEW-Fraktion damit absolute Außenseiter. Die französischen Liberalen von Präsident Macron, die die Mehrheit in der RENEW-Fraktion ausmachen, sind näher an uns Grünen. Haushaltspolitisch reiht sich das Bündnis Wagenknecht bei der FDP ein. Auch Wagenknecht lehnt einen stärkeren EU-Haushalt und die Finanzierung durch Eigenmittel ab.

Die AfD möchte eine Nationalisierung der Finanz- und Haushaltspolitik. Diese würde zu massiven ökonomischen Schäden führen und Europa weit hinter die USA und China zurückwerfen.

6. Fragen / Gegenargumente

„Deutschland zahlt schon zu viel in den EU Haushalt“

Pro Bundesbürger*in zahlt Deutschland gerade einmal 67 Cent pro Tag in den EU Haushalt. Gut angelegtes Geld, denn kein EU-Staat profitiert ökonomisch so sehr vom EU-Binnenmarkt wie Deutschland. Ohne EU-Binnenmarkt würden Millionen Deutsche arbeitslos und viele andere weniger verdienen. Große Aufgaben wie Sicherheit oder Klimaschutz müssen europäisch organisiert werden. Deutschland allein kann diese großen Themen gar nicht bewältigen.

„Der EU Haushalt ist zu aufgebläht.“

Der EU Haushalt beträgt gerade einmal knapp 1 % der Wirtschaftsstärke der EU. Das ist im globalen Vergleich sehr wenig. Mit diesem kleinen Budget kann man nicht ausreichend in klimagerechte Infrastruktur, Sicherheit oder Forschung investieren. Wenn Europa die Klimaziele erreichen und auf der Weltbühne bestehen soll, brauchen wir ein stärkeres EU-Budget. Außerdem müssen wir mit dem Budget, das wir schon haben, klüger umgehen. Die Agrarmittel und auch regionalen Strukturfonds müssen klimagerechter ausgegeben werden. Insgesamt ist der Anteil an Forschung und gemeinsamen europäischen Programmen im EU-Budget viel zu klein. Das wollen wir ändern.

„Grüne wollen doch nur Steuern erhöhen.“

Die EU kann keine Steuern erhöhen. Sie braucht allerdings deutlich mehr Budget, um im Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften wie den USA, China oder Japan mithalten zu können. Wir wollen deshalb mit unseren Steuerkonzepten die Steuergerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen. Dazu gehört es, dass hohe Vermögen und vor allem Milliardengewinne von Unternehmen einen fairen Beitrag leisten müssen. Deswegen setzen wir uns zum Beispiel für die Besteuerung von Spekulationsgewinnen oder Abgaben von Unternehmen aus, die in Krisenzeiten besonders hohe Gewinne auf Kosten der Bürger*innen verzeichnen.

Tatsächlich verfolgen wir eine Politik, die Bürger*innen entlastet. Beispiele aus dieser Legislatur sind dafür unter anderem: Wir haben schleichende Steuererhöhungen verhindert, indem wir die sogenannte kalte Progression mit angepassten Maßstäben für die Einkommenssteuer beendet haben.

Wir haben die Freigrenze des Solidaritätszuschlags erhöht (= weniger Steuern vor allem für Mittelschicht). Den Kinderfreibetrag und das Kindergeld haben wir mehrfach erhöht. Das Rentenniveau haben wir bei 48 Prozent gesichert und zugleich die Beiträge gedeckelt. Mit dem Inflationsausgleichsgesetz haben wir kriegsbedingte Preisschocks ausgeglichen.

„Die Bundesregierung hat Rekord- Steuereinnahmen. Das Geld muss nur effizienter eingesetzt werden.“

Wir befinden uns in einer krisenhaften Zeit. Gleichzeitig hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts den Spielraum für neue Verschuldung eingeschränkt. Selbst in Zeiten ohne Krieg war es gängige Praxis, Zukunftsinvestitionen über Sondervermögen zu finanzieren, etwa zur Zeit der großen Koalition. Denn wenn der Nutzen einer Ausgabe in der Zukunft liegt, ist es fair auch die entsprechende Finanzierung zeitlich zu staffeln. Durch die multiplen Krisen sind die Aufgaben der Regierung gewachsen, durch das Gerichtsurteil unser Finanzspielraum zugleich geschrumpft. Jetzt in den Abschwung hineinzusparen, wäre ökonomisch

misch falsch. Investitionen bringen die Konjunktur wieder zum Laufen. Natürlich schauen wir auch auf die Ausgaben und suchen Sparpotenzial. Dabei aber an Stellen zu kürzen, die unsere Demokratie gefährden oder die Lebensleistung von Menschen beschneiden, wäre ein Fehler.

„Jetzt wollen die Grünen auch noch Gender Gaga im Haushalt?“

Wir wollen transparent machen, bei wem das Geld der Europäischen Union ankommt. Steuerzahler*innen haben ein Recht darauf zu erfahren, wer ihr Geld bekommt. Dabei ist Geschlecht ein wichtiger Faktor. Öffentliche Haushalte mit Schlagseite verhindern gute Kinderbetreuung, bremsen Unternehmerinnen aus und schaden damit letztlich der Wirtschaft, wenn Frauen als Arbeits- und Fachkräfte ausfallen. Und übrigens: Gleichstellung ist ein wichtiges Ziel der Europäischen Union!